

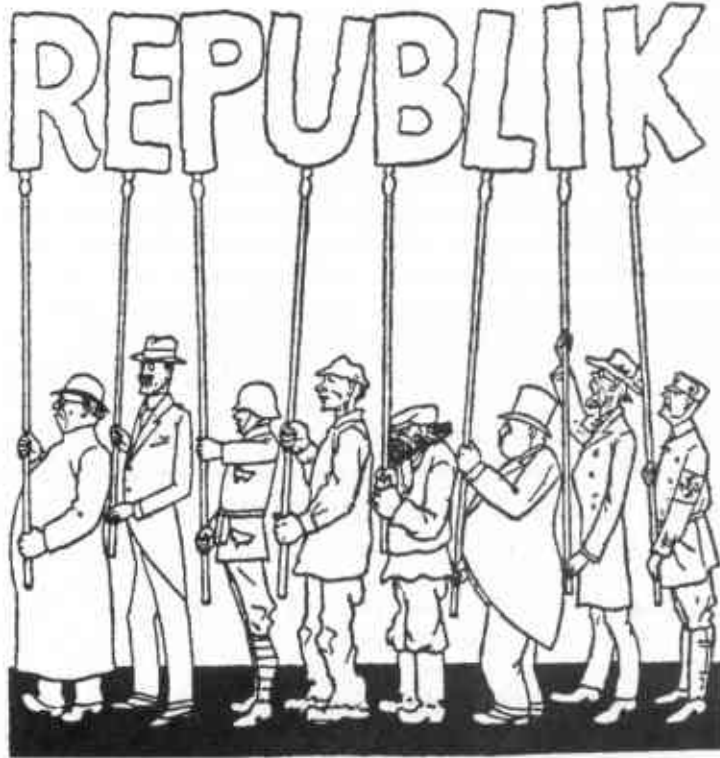
Studienheft: GesM 7

Geschichte

Die Zeit der Weimarer Republik

GESCHICHTE

Die Zeit der Weimarer



© Thomas Theodor Heine: Die Republik (1927)

von

Dr. W. Bandlow, K. Dümmler und R. Molkenstin

Neufassung

von

Dr. Gerd Krämer

Inhaltsübersicht

0	LERNINHALTE UND LERNZIELE	3
1	DIE GRÜNDUNG DER WEIMARER REPUBLIK	5
1.1	Die Novemberrevolution 1918	5
1.2	Rätedemokratie oder parlamentarische Demokratie?	8
1.3	Die Parteien in der Weimarer Republik	11
1.4	Die Weimarer Verfassung	12
2	DER VERSAILLER VERTRAG	16
2.1	Die Vertragsverhandlungen	16
2.2	Neue Staaten in Europa	18
2.3	Der Völkerbund	19
3	INNEN- UND WIRTSCHAFTSPOLITISCHE PROBLEME IN DEN ZWANZIGER JAHREN	20
3.1	Der Kapp-Putsch	20
3.2	Reichstagswahlen und Regierungsbildung	22
3.3	Das Krisenjahr 1923	24
3.3.1	Ruhrkampf und Inflation	24
3.3.2	Der Hitler-Putsch und seine Folgen	27
4	AUSSENPOLITIK UNTER RATHENAU UND STRESEMANN	29
4.1	Vom Londoner Ultimatum bis zum Vertrag von Rapallo	29
4.2	Stresemanns Verständigungspolitik	30
5	DIE "GOLDENEN ZWANZIGER JAHRE" Konjunktur = Kultur?	35
6	WELTPOLITISCHE KRISEN UND WANDLUNGEN	37
6.1	Der Faschismus in Italien	37
6.2	Vom Empire zum Commonwealth	38
6.3	Die Weltwirtschaftskrise und der New Deal in den USA	40
6.4	Die Sowjetunion unter Lenin und Stalin	42
6.4.1	Die Ideologie des Leninismus - Die Partei neuen Typs	42
6.4.2	Der Bürgerkrieg in Rußland und die Entstehung der UdSSR	43
6.4.3	Die Herrschaft Stalins	44
7	DIE AUFLÖSUNG DER WEIMARER REPUBLIK	48
7.1	Die Weltwirtschaftskrise	48
7.2	Regierung während der Krise	51
7.3	Was wollten die Nationalsozialisten?	56
8	SCHLUSS	59
9	ANHANG	61
9.1	Zeittafel	61
9.2	Lösungen der Aufgaben zur Selbstüberprüfung	62
9.3	Literaturangaben	68
9.3.1	Literaturnachweis	68
9.3.2	Empfehlenswerte Literatur	68



© 1991, ILS Institut für Lernsysteme GmbH, Hamburg
Fernakademie für Erwachsenenbildung GmbH, Hamburg
Neunte, durchgesehene Auflage 1998

Alle Rechte der Verbreitung, insbesondere der Nachdruck (auch auszugsweise) und die fotomechanische Wiedergabe, sowie die Speicherung jeder Art vorbehalten.

0 LERNINHALTE UND LERNZIELE

Die 1918 durch die Novemberrevolution und den Zusammenbruch des Kaiserreiches entstandene Weimarer Republik war die erste deutsche Demokratie. Ihre vierzehnjährige Geschichte soll in diesem Studienheft dargestellt werden.

In der Revolution war ein Bruch mit der Vergangenheit angestrebt worden. Eine freiheitliche Verfassung sollte den Bestand der Demokratie sichern helfen. Antidemokratische Strömungen überschatteten vom Anfang bis zum Ende der Republik die Bemühungen vieler Politiker um den Aufbau eines demokratischen Staates. Die Weimarer Republik war kein demokratisch gefestigtes Gemeinwesen. Sie litt in ihrer Geschichte stark unter gesellschaftlichen Auseinandersetzungen. Außerdem belasteten die Folgen des Friedensvertrages von Versailles die Wirtschafts- und Innenpolitik. Mit außenpolitischen Aktivitäten wurde von deutscher Seite versucht, den Versailler Vertrag zu revidieren und vor allem die Wiedergutmachungsleistung an die Alliierten auf ein wirtschaftlich erträgliches Maß zu bringen.

Drei Aspekte – die Innen-, die Wirtschafts- und die Außenpolitik – stehen im Mittelpunkt der Darstellung. Zwei Phasen aus der Geschichte der ersten deutschen Republik werden dabei besonders berücksichtigt: die Zeit der Gründung mit ihren nachfolgenden Krisen bis Ende 1923 und die Phase des Zerfalls der Republik. Wenn Sie das Studienheft durcharbeiten, sollten Sie sich immer fragen, inwieweit die geschilderten Probleme zum letztendlichen Scheitern der Weimarer Republik beitragen. Vor allem stellt sich die Frage: Wie war es möglich, dass sich von den republikfeindlichen Gruppen gerade die Nationalsozialisten durchsetzen konnten?

In den vierzehn Jahren der Geschichte der Weimarer Republik hat es nicht nur Phasen der Krisen gegeben, sondern von 1924 bis 1928 auch eine Zeit wirtschaftlicher Stabilität und politischer Ruhe. Über diese "goldenen zwanziger Jahre" werden Sie in diesem Studienheft ebenfalls etwas erfahren.

Wichtige Veränderungen spielten sich nach dem Ersten Weltkrieg im Bereich der Weltpolitik ab. 1917 wurde mit der Oktoberrevolution in Russland von LENIN der erste kommunistische Staat der Welt geschaffen. Wie die Sowjetunion durch die Folgen der Revolution geschwächt und mit welchen Mitteln STALIN später den wirtschaftlichen Bestand dieses neuen Staates sicherte, wird in diesem Studienheft dargestellt werden. Die Politik der Vereinigten Staaten von Amerika, die sich militärisch und wirtschaftlich zu einer Weltmacht entwickelt hatten, soll Ihnen im Zusammenhang mit den Ursachen und dem Verlauf der Weltwirtschaftskrise vermittelt werden.

Wenn Sie dieses Studienheft durchgearbeitet haben, können Sie einen Überblick über die Entstehung und Entwicklung der Weimarer Republik geben. Sie sollten in der Lage sein, innen- und wirtschaftspolitische Krisen zwischen 1918 und 1932 mit der Auflösung der Weimarer Republik in Zusammenhang zu bringen. Auch Gründe für das Anwachsen des Nationalsozialismus und der Verlauf der Machtübernahme durch HITLER 1932/33 sollten Ihnen nach der Bearbeitung des Studienheftes bekannt sein.

In einem Studienheft im Fach Geschichte wird Ihnen meist ein Überblick zu zentralen Ereignissen der "großen Politik" gegeben. Die Darstellung ist notwendigerweise auf allgemeine politische und wirtschaftliche Strukturen konzentriert, deren Kenntnis wichtig ist, um historische Ereignisse beurteilen zu können. In vielen Städten und Regionen gibt es Institutionen, z. B. sogenannte Geschichtswerkstätten, Museen oder Historische Vereine, die sich mit der Vergangenheit ihrer Region beschäftigen. Arbeits- und Lebensbedingungen, aber auch politische Aktivitäten der "Kleinen Leute" werden von diesen Einrichtungen erforscht und so Spuren der Vergangenheit vor dem Vergessen bewahrt. Wenn Sie wissen wollen, wie die Novemberrevolution 1918 oder die Machtübergabe an die Nationalsozialisten 1933 in Ihrem Heimatort verlief, werden Sie in den genannten Einrichtungen sicherlich Material zu diesen Themen bekommen. Nutzen Sie diese Möglichkeit, sich so über die Lokalgeschichte zu informieren. Vieles von dem, was Sie in diesem Studienheft lernen, ist die Grundlage für das Verständnis eines Abschnittes der Vergangenheit auch Ihres Wohnortes. Machen Sie sich also ruhig einmal auf die "Spurensuche" in Ihrer Umgebung. Wahrscheinlich wird es viel Unbekanntes für Sie zu entdecken geben.

1 DIE GRÜNDUNG DER WEIMARER REPUBLIK

1.1 Die Novemberrevolution 1918

Die Geschichte der Weimarer Republik ist eng mit den politischen und wirtschaftlichen Folgen der im vorangegangenen Studienheft (GesM 6b) beschriebenen Niederlage des Kaiserreiches im Ersten Weltkrieg verknüpft. Wie Sie wissen, hatte die Oberste Heeresleitung, die immer einen siegreichen Abschluss des Krieges angestrebt hatte, völlig überraschend von der neuen parlamentarischen Reichsregierung unter Prinz Max von BADEN die schnelle Beendigung des Krieges gefordert. Am 3. Oktober 1918 telegraphierte Generalfeldmarschall HINDENBURG an den Kanzler:

Oberste
Heeresleitung

“Die Oberste Heeresleitung bleibt auf ihrer ... Forderung der sofortigen Herausgabe des Friedensangebotes an unsere Feinde bestehen. Infolge ... der Unmöglichkeit, die ... sehr erheblichen Verluste zu ergänzen, besteht ... keine Aussicht mehr, den Feinden den Frieden aufzuzwingen. Der Gegner seinerseits führt ständig neue Reserven in die Schlacht. Unter diesen Umständen ist es geboten, den Kampf abubrechen, um dem deutschen Volke und seinen Verbündeten nutzlose Opfer zu sparen. Jeder versäumte Tag kostet Tausenden von tapferen Soldaten den Tod.

gez. von Hindenburg, Generalfeldmarschall”.

Am 4. November 1918 führte ein am Tag zuvor begonnener Streik von Matrosen der Kriegsmarine in Kiel zu einem revolutionären Aufstand. Überall im Reich und an den Fronten übernahmen in den folgenden Tagen Arbeiter- und Soldatenräte die staatliche Macht. Sie forderten das Ende des Krieges und den Aufbau einer Republik. Am 9. November musste [REDACTED] abdanken und mit seiner Familie nach Holland ins Exil gehen. Der Sozialdemokrat [REDACTED] rief am selben Tag vom Balkon des Reichstages in Berlin die Republik aus. Der Vorsitzende der SPD [REDACTED] übernahm die Geschäfte des zurückgetretenen Reichskanzlers Max von BADEN. Die neue Regierung führte den Namen *“Rat der Volksbeauftragten”* und setzte sich aus Vertretern der SPD und USPD (Unabhängige Sozialdemokratische Partei, eine Abspaltung der sozialdemokratischen Partei) zusammen und wurde am folgenden Tag auf einer Generalversammlung der Berliner Arbeiter- und Soldatenräte im Amt bestätigt.

Matrosen-
streik in Kiel

Rat der
Volksbeauf-
tragten

Arbeiter- und
Soldatenräte

In einem Aufruf *“An das deutsche Volk”* beschrieb der Rat der Volksbeauftragten sein Regierungsprogramm:

“Die aus der Revolution hervorgegangene Regierung, deren politische Leitung rein sozialistisch ist, setzt sich die Aufgabe, das sozialistische Programm zu verwirklichen. Sie verkündet schon jetzt mit Gesetzeskraft folgendes:

1. Der Belagerungszustand ist aufgehoben.
2. Das Vereins- und Versammlungsrecht unterliegt keiner Beschränkung...
3. Eine Zensur findet nicht statt ...
4. Meinungsäußerung in Wort und Schrift ist frei.
5. Die Freiheit der Religionsausübung wird gewährleistet ...
6. Für alle politischen Straftaten wird Amnestie gewährt ...
8. Die Gesindeordnungen¹⁾ werden außer Kraft gesetzt, ebenso die Ausnahmegesetze gegen Landarbeiter.

Die bei Beginn des Krieges aufgehobenen Arbeiterschutzbestimmungen werden hiermit wieder in Kraft gesetzt ... Spätestens am 1. Januar wird der achtstündige Maximalarbeitstag in Kraft treten. ... Die Regierung wird die geordnete Produktion aufrechterhalten, das Eigentum gegen Eingriffe Privater sowie die Freiheit und die Sicherheit der Personen schützen.

Alle Wahlen zu öffentlichen Körperschaften sind fortan nach dem gleichen, geheimen, direkten, allgemeinen Wahlrecht auf Grund des Proportionalwahlsystems²⁾ für alle mindestens 20 Jahre alten männlichen und weiblichen Personen zu vollziehen.

Auch für die konstituierende Versammlung, über die nähere Bestimmungen noch erfolgen werden, gilt dieses Wahlrecht.

Berlin, 12. November 1918

Ebert. Haase. Scheidemann. Landsberg. Dittmann. Barth"

(zit. nach: Grundbuch 2, S. 137f)

Worterklärung:

- ¹⁾ **Gesindeordnung:** Verordnung, die die Rechte von Landarbeitern stark einschränkt.
- ²⁾ **Proportionalwahlsystem:** Verhältniswahl; die Zahl der Abgeordneten entspricht der Stimmzahl für die Parteiliste, die bei der Wahl abgegeben wurde.

Überprüfen Sie nun bitte Ihre Kenntnisse. Benutzen Sie bei der Lösung der folgenden Aufgaben bitte stets einen Bleistift, damit Sie mögliche Fehler nach dem Vergleich mit den Lösungen im Anhang berichtigen können. Es ist in Ihrem Interesse, die Aufgaben selbständig zu lösen, ehe Sie im Anhang nachschlagen!

Bitte bearbeiten Sie die Aufgaben schriftlich, wenn nicht anders angegeben, auf gesondertem Bogen oder in Ihrem Übungsheft.

I. Aufgabe zur Selbstüberprüfung:

Welche alten Forderungen der Sozialdemokraten wurden mit dem Programm des Rates der Volksbeauftragten verwirklicht?

**Spartakus-
bund**

Der linke Flügel der [REDACTED] und der von [REDACTED] und [REDACTED] geführte **Spartakusbund** forderten, unterstützt von Vertretern der Rätebewegung, eine schnelle Veränderung der sozialen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland. Ihr Vorbild war die Oktoberrevolution von 1917 in Russland. LIEBKNECHT hatte am 9. November kurz nach Scheidemann vor dem Berliner Schloss die "**Freie sozialistische Republik Deutschland**" proklamiert. Das Bürgertum und die Oberste Heeresleitung (OHL) befürchteten deshalb eine Radikalisierung der Revolution. Am Abend des 10. November unterbreitete die OHL EBERT das Angebot, die neue Regierung zu unterstützen, wenn sie bereit sei, den Radikalismus zu bekämpfen. EBERT ging auf dieses geheime Bündnis, den Ebert-Groener Pakt, ein.

Eine "Zentralarbeitsgemeinschaft" ("Stinnes-Legien-Abkommen") zwischen Arbeitgeberverbänden und Gewerkschaften wurde am 15. November verabredet. Wirtschaftliche und soziale Probleme der Republik sollten gemeinsam beraten und gelöst werden. Die Gewerkschaften wurden nun als Vertreter der Arbeiter anerkannt und ihnen wurde das Recht, Tarifverträge abzuschließen, eingeräumt. Ein Betriebsrätegesetz kam 1920 im Reichstag zustande und zwei Jahre später konnten erstmals Arbeitnehmervertreter in die Aufsichtsräte großer Unternehmen entsandt werden. Mit dem 1918 eingeführten achtstündigen *Maximalarbeitstag* und dem *Tarifvertragsrecht* wurden in der Novemberrevolution wichtige Forderungen der Gewerkschaften durchgesetzt.

Die Gründe, warum die Unternehmer eine "Arbeitsgemeinschaft" mit den zuvor bekämpften Gewerkschaften bildeten, legte der Geschäftsführer des Vereins Deutscher Eisen- und Stahl-Industrieller, Jacob REICHERT, später in einer Rede dar:

"In der elektrotechnischen Industrie hatte man im Mai 1918 den Eindruck, daß, auch wenn der Krieg nicht gewonnen werde und als Remispartie zu Ende ginge, es nicht mehr möglich sein werde, die deutsche Wirtschaftspolitik auf die Macht der wirtschaftspolitischen Verbände des Unternehmens allein zu bauen, sondern daß man die Mitwirkung der organisierten Arbeiter und Angestellten unbedingt nötig haben werde... Die Sachlage ist uns allen in erschreckender Weise in jenen ersten Tagen des Oktober klar geworden... Damals war bereits das Heer der verbündeten Türkei in Syrien geschlagen. Bulgarien war zusammengebrochen. Wir sahen ferner, daß auch Österreich-Ungarn auseinanderfallen werde. So wurde es jedermann deutlich, daß wir nunmehr vor einem Trümmerfelde unserer ganzen Politik standen und daß es notwendig war, in dem Trümmerfelde den Eckstein, das Fundament zu suchen, auf dem wir unsere neue Wirtschaft einigermaßen fest aufbauen können als die Grundlage, auf der auch das Unternehmertum als solches weiterbestehen kann. Tatsächlich war die Lage schon in den ersten Oktobertagen klar. Es kam darauf an: Wie kann man die Industrie retten? Wie kann man auch das Unternehmertum vor der drohenden, über alle Wirtschaftszweige hinwegfegenden Sozialisierung, der Verstaatlichung und der nahenden Revolution bewahren? Am 9. Oktober 1918 saß im Stahlhof zu Düsseldorf eine Anzahl von Eisenindustriellen, die sich über diese Dinge unterhielten. ... (Im Laufe der Unterredung) zog man den Schluß: inmitten der allgemeinen großen Unsicherheit, angesichts der wankenden Macht des Staates und der Regierung gibt es für die Industrie nur auf Seiten der Arbeiterschaft starke Bundesgenossen, das sind die Gewerkschaften ... Wenn in dieser großen Masse der organisierten Arbeitnehmer der Gedanke zur Zusammengehörigkeit, der Solidarität mit den Unternehmern für die großen wirtschaftspolitischen Fragen erweckt werden kann, dann - so schien es - ist ein Weg vorhanden, auf dem man künftig zum Besten der deutschen Industrie weitergehen kann, dann ist eine Aussicht auf Rettung. Es ist klar, daß, wenn die Industriellen die Arbeitnehmer und ihre Organisationen für eine gemeinsame Industriepolitik gewinnen wollen, dies nur dann erreichbar ist, wenn wir für diese Mit-hilfe, die wir von den Arbeitnehmern erwarten, einen Gegendienst leisten, und diese Gegengabe mußte bestehen und wird weiter bestehen müssen in einem Entgegenkommen in sozialen Fragen, vor allem in den Arbeitsbedingungen. Das ist das große Opfer, das die Unternehmerschaft gebracht hat und das sie bringen mußte."

(Jacob REICHERT, Entstehung, Bedeutung und Ziel der "Arbeitsgemeinschaft", Berlin 1919, S. 5 ff.)

II. Aufgaben zur Selbstüberprüfung:

1. Was befürchteten die Unternehmer schon vor der Revolution?
2. Beschreiben Sie den Zweck der "Zentralarbeitsgemeinschaft" aus der Sicht der Unternehmer.

1.2 Rätedemokratie oder parlamentarische Demokratie?

Im Verlauf der Novemberrevolution hatten sich gegensätzliche Vorstellungen über die politische und wirtschaftliche Zukunft Deutschlands herausgebildet: Friedrich EBERT und die SPD wollten die Revolution mit dem Erlass von Verordnungen in gesetzmäßige Bahnen lenken. Die kaiserlichen Offiziere, Richter und Beamte blieben in ihren Ämtern. Freie Wahlen zu einer Nationalversammlung sollten ein parlamentarisches System begründen. "Ruhe und Ordnung" waren die Schlagworte der damaligen Sozialdemokratie. Es kann allerdings kein Zweifel darüber bestehen, dass die neue Regierung von einer reibungslosen Verwaltung abhängig war, da die Sozialdemokraten keinerlei Vorbereitungen auf die Übernahme der Macht getroffen hatten. Die Aufrechterhaltung der von einer vorgeblich loyalen Beamtenschaft getragenen neutralen staatlichen Ordnung führte aber dazu, Privilegien der traditionellen Führungsschichten zu sichern, anstatt eine entschieden pro-republikanische Haltung in der Verwaltung zu fordern.

Die eigentliche politische Macht lag im November und Dezember 1918 bei den Arbeiter- und Soldatenräten. "Alle Macht den Räten!" forderten Spartakisten und der linke Flügel der unabhängigen Sozialdemokraten. Ihre Vertreter forderten die schnelle Errichtung einer sozialistischen Republik, mit einem Rätesystem, das die Produktion in den Betrieben auf Grundlage der Mit- und Selbstbestimmung der Arbeiter regeln sollte. Die Verfechter einer Rätedemokratie sahen deshalb vor, die Produktionsmittel zu sozialisieren, d. h. in Gemeineigentum zu überführen.

Rätekongress

Die Alternativen der politischen Zukunft Deutschlands wurden auf dem "Reichskongress der Arbeiter- und Soldatenräte" vom 16. - 21.12.1918 in Berlin diskutiert und entschieden.

Max COHEN (SPD) rechtfertigte den Vorschlag, bald eine Nationalversammlung zu wählen:

"Es gibt nur ein einziges Organ, das <den> Volkswillen feststellen kann, das ist die allgemeine deutsche Nationalversammlung ... Es wird nicht mehr Sozialismus durchführbar sein, als die Mehrheit des Volkes will ... Die deutsche Bourgeoisie ...wird mit allen Mitteln Widerstand leisten, wenn sie politisch entrechtet wird, und sie wird ihre Kräfte, die für die Produktion unentbehrlich sind, nur dann zur Verfügung stellen, wenn der Mehrheitswille des Volkes hinter uns steht ... Wir Sozialdemokraten müssen uns ... auf das entschiedenste ... wehren, daß unsere reine, klare, gute sozialistische Gedankenwelt durch bolschewistische Verschrobenheiten sabotiert wird."

(Zit. nach: Fragen an die Geschichte IV, S. 20)

Ernst DÄUMIG (USPD) antwortete COHEN und rechtfertigte die Forderung, das Rätesystem beizubehalten:

“Genossen und Kameraden, Sie haben vorhin, als Genosse Cohen so warm für die Nationalversammlung plädierte ... zum Teil lebhaft applaudiert; Sie haben zwar zweifellos damit ihr eigenes Todesurteil gesprochen. Denn die Konzessionen, die vom Genossen Cohen und anderen Leuten gemacht werden, daß ja, wenn die Nationalversammlung komme, das Räte-system noch weiterbestehen könne, sind ja doch nur Schall und Rauch ... Im Wirtschaftsleben werden mit Hilfe der Nationalversammlung und des Bürgertums die Gewerkschaften alten Stils natürlich die Arbeiterräte aus den Betrieben ganz schnell herausgedrängt haben ... die Nationalversammlung, die jetzt zusammenkommt, hat weder den Willen, noch die Energie, den Sozialismus Wirklichkeit werden zu lassen.”

(zit. nach: Grundbuch 2, S. 153)

III. Aufgaben zur Selbstüberprüfung:

1. Welche Möglichkeiten gab es 1918 für die politische Zukunft Deutschlands?
2. Warum forderte Max COHEN von der SPD die Nationalversammlung?
3. Nennen Sie die Gefahr, die ihm Ernst DÄUMIG (USPD) entgegenhielt.

Mit überwältigender Mehrheit (400 : 50) stimmten die Delegierten des Rätekongresses dem Vorschlag der SPD-Vertreter zu, am 19. Januar 1919 eine verfassungsgebende Nationalversammlung wählen zu lassen.

Einstimmig angenommen wurde vom Kongress ein Vorschlag des Hamburger Arbeiter- und Soldatenrates, mit dem ein demokratisch strukturiertes Militär geschaffen werden sollte. Auf Druck der Obersten Heeresleitung beließ der Rat der Volksbeauftragten trotzdem die Kommandogewalt bei den alten Offizieren, die dann auch die neue Reichswehr nach ihren Vorstellungen aufbauten.

Bewaffnete
Kämpfe

Nachdem der Kongress beendet worden war, kam es in Berlin zu [REDACTED] zwischen revoltierenden Truppenteilen, die zur [REDACTED] standen und von EBERT zu Hilfe gerufenen [REDACTED]. Die drei USPD-Mitglieder verließen aufgrund des Einsatzes des Militärs gegen die Arbeiter den Rat der Volksbeauftragten. Der [REDACTED] und der [REDACTED] gründeten am 30. Dezember 1918 die Kommunistische Partei Deutschland [REDACTED]. Wenige Tage später rief die neue Partei zusammen mit Berliner Räten, den sogenannten “Revolutionären Obleuten”, den Januaraufstand gegen die Reichsregierung aus. Regierungstruppen und “Freikorps”, das waren von republikfeindlichen Offizieren selbständig aufgestellte Verbände, schlugen unter Leitung des späteren sozialdemokratischen Reichswehrministers Gustav NOSKE den Umsturzversuch nieder. Im Verlauf der Kämpfe wurden Karl [REDACTED] und Rosa [REDACTED], die politischen Führer der KPD, von Regierungstruppen gefangengenommen und [REDACTED].

Freikorps

In verschiedenen Ländern des Reiches kam es in den folgenden Monaten zu Massenstreiks und zur Ausrufung von Räterepubliken (u. a. Bremen, Bayern und Sachsen), die aber von regulären Truppen und Freikorps niedergeschlagen wurden. Vor allem die Freiwilligenverbände gingen dabei mit blutigem Terror gegen Arbeiter vor, wie Ihnen am Beispiel der Münchener Räterepublik deutlich

Räte-
republiken

gemacht werden soll. In München war im November 1918 der Schriftsteller Kurt EISNER, ein USPD-Mitglied, zum Vorsitzenden des Arbeiter- und Soldatenrates gewählt worden. Nach der Flucht des Königs berief ihn ein Übergangsparlament zum bayrischen Ministerpräsidenten. EISNER wollte mit seinem Kabinett aus USPD und SPD eine "lebendige tätige Demokratie" schaffen, um die Bürger an politischen Entscheidungen zu beteiligen. Bei den ersten Landtagswahlen am 12. Januar 1919 zeigte es sich, dass die Basis für die dafür notwendigen Reformen in Bayern nicht vorhanden war, denn die USPD stellte nur 3 Abgeordnete und die SPD 52 von 160. Auf dem Wege zur Landtagseröffnung, auf der EISNER nach der Wahlniederlage seinen Rücktritt als Ministerpräsident erklären wollte, wurde dieser linke Politiker von einem beurlaubten Leutnant ermordet, u. a. deshalb, weil EISNER offen von der deutschen Schuld am Ersten Weltkrieg gesprochen hatte. Eine neue Regierung wählte der Landtag nicht, sondern vertagte sich. Die Macht vor allem in München und anderen bayrischen Städten blieb also zunächst noch bei den dort bestehenden Räten. Als die bürgerliche Mehrheit forderte, den Landtag zur Wahl einer neuen, nun bürgerlichen Regierung einzuberufen, sahen die Räte ihre Position gefährdet und riefen am 8. April gegen den Widerstand eines Teiles der SPD und vor allem auch der KPD die "Bayrische Räterepublik" aus. Stützen konnte sich dieses Experiment nur auf die USPD und literarisch-anarchistische Zirkel in München. Ab dem 13. April war die Räterepublik und ihre Rote Armee von regulären und Freikorpsstruppen bedroht, erst danach unterstützte auch die regionale KPD den Vollzugsrat, die Regierung der Räterepublik. Abgeschnitten von seinem Umland war der wirtschaftliche und militärische Zusammenbruch absehbar. Verhandlungen zwischen gemäßigten Räten und der bayrischen Übergangsregierung in Bamberg scheitern. Dagegen setzte die KPD auf militärischen Widerstand. Der Einmarsch der Regierungstruppen in München begann am 30. April. Bis zum Ende der Kämpfe wurden 606 Menschen getötet. Davon 38 Regierungssoldaten und 335 Zivilisten. Die Rote Armee erschoss Geiseln, die Freikorps ermordeten denunzierte Sozialdemokraten, die Mitglieder eines katholischen Gesellenvereins und mehrere Räteführer. Der Führer der Münchener KPD, Eugen LEVINE, wurde zum Tode verurteilt und hingerichtet. Über 2 000 Personen verurteilten die Gerichte zu Gefängnisstrafen. Die Münchener Räterepublik zeigte das Dilemma auf, dass es nicht gelingen konnte, in einer konservativen Umgebung ein reines Räte-system einzuführen, wenn ihm die Basis sowohl in der Bevölkerung als auch in den politischen Parteien fehlt. Gleichzeitig wurde aber auch deutlich, dass eine solche Bewegung nicht unbedingt von Kommunisten, sondern – heute würde man sagen – von "Alternativen" geprägt sein konnte.

Wahlen zur Nationalversammlung

Am 19. Januar 1919 fanden die *Wahlen zur Nationalversammlung* statt, die eine republikanische Verfassung erarbeiten sollte. Erstmals in der deutschen Geschichte hatten dabei auch die Frauen Stimmrecht. Die Wahlbeteiligung betrug 83 %. Da die KPD sich für einen Wahlboykott entschieden hatte, war die bei den Wahlen am weitesten linksstehende Partei die USPD. Sie erhielt 7,6 % der Stimmen. Rechte Parteien, die konservative Deutschnationale Volkspartei (DNVP) und die rechten Nationalliberalen in der Deutschen Volkspartei (DVP) erhielten 10,3 % bzw. 4,4 % der Stimmen. Die SPD erhielt 37,9 %, die linksliberale Deutsche Demokratische Partei (DDP) 18,5 % und die katholische Zentrumspartei 19,7 % Stimmenanteil. ██████████ bildeten nach den Wahlen die erste demokratisch legitimierte Reichsregierung unter ██████████. Ca. 77 % aller bei der Wahl zur Nationalversammlung abgegebenen Stimmen entfielen auf die Parteien der Weimarer Koalition (SPD, DDP und Zentrum). In der Nationalversammlung waren von 421 Abgeordneten 36 Frauen.

1.3 Die Parteien in der Weimarer Republik

Die folgende Tabelle gibt Ihnen eine Übersicht von programmatischen Positionen wichtiger Parteien in der Weimarer Republik zu zentralen Fragen der Politik.

Partei-
programme

Partei	Grundlagen des Staates/Innenpolitik	Außenpolitik	Wirtschaft
KPD 24.8.1930	Aufbau des Sozialismus/Zerschlagung des Machtapparates/Sowjetdemokratie/Klassenkampf/Sturz der Macht der Kapitalisten und des Großgrundbesitzes/brüderliches Bündnis mit den Proletariern aller Länder	Annulierung aller internationaler Schulden und Reparationsleistungen/politisches und wirtschaftliches Bündnis mit der Sowjetunion/Selbstbestimmungsrecht aller Nationen	entschädigungslose Enteignung der Industriebetriebe, des großen Hausbesitzes, des Großhandels und der Großgrundbesitzer/Übergabe ihres Grund und Bodens an landarme Bauern, Abschaffung der Unternehmerprofite
SPD (Heidelberger Programm) 18.9.1925	Einheitsrepublik mit dezentralisierter Selbstverwaltung/Abwehr monarchistischer und militaristischer Bestrebungen/Demokratisierung der Verwaltung/Schutz des Koalitions- und Streikrechts/weltliche Schulen	gegen Imperialismus/Verwirklichung des Sozialismus / friedliche Lösung internationaler Konflikte/Selbstbestimmungsrecht/internationale Abrüstung/europäische Wirtschaftseinheit	wirtschaftliches Rätssystem/Kontrolle des Reichs über Kartelle/Förderung der Genossenschaften/Verstaatlichung von Grund und Boden
Zentrum 16.1.1922	Einigung starker Parteienkoalition auf festes Arbeitsprogramm/gegen gewaltsamen Umsturz/Vereinheitlichung der Verwaltung/Selbstverwaltung/Unparteilichkeit der Justiz/Bekanntnissschule	Gleichberechtigung Deutschlands/internationale Prüfung der Kriegsschuldfrage/Befreiung der besetzten Gebiete mit rechtmäßigen Mitteln	Gewährleistung des Rechts der Privatunternehmen und Genossenschaften/Verstaatlichung gegen Entschädigung/Schutz des Mittelstandes/Aufsicht über Kartelle
DDP 13.-15. 12.1919	Bekanntnis zur Weimarer Verfassung/Erziehung des Volkes zur staatsbürgerlichen Gesinnung/Volksstaat/gleiches Recht für alle in Gesetzgebung und Verwaltung/kommunale Selbstverwaltung	Revision der Friedensverträge/Selbstbestimmungsrecht/Gleichberechtigung Deutschlands/gegen Abspaltung deutscher Volksteile	gegen Vergesellschaftung der Produktionsmittel/Privatwirtschaft/gegen Monopole/Aufteilung des Großgrundbesitzes/Schutz von Handwerk und Kleinhandel
DVP 19.10.1919	gesetzmäßig aufgerichtetes Kaisertum als geeignetste Staatsform/verantwortliche Mitarbeit der Volksvertretung/Verwaltungsreform/Selbstverwaltung/Stärkung der Familie/gegen Überflutung durch Fremdstämmige/nationale Einheitsschule/Koalitionsfreiheit	Völkerversöhnung erstrebenswert, jedoch unmöglich, solange die Ehre des Volkes von Feinden zertreten/Vereinigung aller Deutschen einschließlich Österreichs/gegen aufgezwungenen Frieden	Privateigentum/nur bedingte Verstaatlichung gegen Entschädigung: vorzugsweise statt dessen Beteiligung des Staates an freien Betrieben/Genossenschaftswesen/Förderung der Landwirtschaft und des Mittelstandes
DNVP 1920	über den Parteien stehende Monarchie sichert Einheit des Volkes/starkes Preußen/Mitwirkung der Volksvertretung bei der Gesetzgebung/starke Exekutive/unabhängiges Berufsbeamtentum (Justiz)/kommunale Selbstverwaltung/starkes deutsches Volkstum/gegen zersetzenden undeutschen Geist	Befreiung von fremder Zwangsherrschaft/starke Außenpolitik/feste Vertretung der deutschen Interessen/Volksgemeinschaft mit allen Deutschen im Ausland/Selbstbestimmungsrecht	Privateigentum/gegen Kommunismus/berufliche und genossenschaftliche Zusammenschlüsse/Förderung der Landwirtschaft und des Mittelstandes/Sozialisierung nur mit erhöhter Vorsicht
NSDAP 24.2.1920	als Staatsbürger gelten nur Volksgenossen deutschen Blutes, keine Juden/gegen korrumpierende Parlamentswirtschaft/starke Zentralgewalt/unbedingte Autorität des Zentralparlaments über das gesamte Reich und seine Organisation	Zusammenschluss aller Deutschen auf der Grundlage des Selbstbestimmungsrechts/Aufhebung der Friedensverträge/Kolonien zur Ernährung und Ansiedlung unseres Volkes/gegen Einwanderung Nichtdeutscher	Verstaatlichung aller bereits vergesellschafteten Betriebe/Gewinnbeteiligung an Großbetrieben/gesunder Mittelstand/Bodenreform/Kommunalisierung der Groß-Warenhäuser

(Aus: Fragen an die Geschichte, Bd. IV, S. 24)

IV. Aufgaben zur Selbstüberprüfung:

1. Welche Parteien traten uneingeschränkt für die Republik ein?
2. Wer war für Sozialisierung bzw. Verstaatlichung der Wirtschaft?

1.4 Die Weimarer Verfassung

Tagungsort
Weimar

Am [redacted] trat in Weimar die [redacted] zusammen. Der Ort außerhalb der Reichshauptstadt war wegen anhaltender Unruhen in Berlin gewählt worden. In Weimar konnte man unter dem Schutz zuverlässiger Gruppen ohne Druck tagen. Außerdem galt Weimar als die Stadt GOETHEs und SCHILLERs. Deren Geist, und nicht das militaristische Denken des Kaiserreiches, sollte die Verfassung bestimmen.

Nach der schnellen Verabschiedung eines "Gesetzes über die vorläufige Reichsverfassung" wurde [redacted] von der Nationalversammlung zum ersten Reichspräsidenten gewählt. Zum [redacted] wurde der Volksbeauftragte [redacted] berufen, der das Kabinett der [redacted] bildete.

In sechs Monaten erarbeiteten die Abgeordneten der Nationalversammlung die neue Verfassung, mit der das Reich endgültig eine parlamentarische Republik wurde.

Weitgehende
Volksrechte

Keine vorhergehende Verfassung und auch nicht unser heutiges Grundgesetz haben der Gesamtheit des Volkes so *weitgehende Rechte* eingeräumt wie die Weimarer Verfassung (Bild 1). Das [redacted] durfte den [redacted] (und [redacted]) wählen, während heute der Bundespräsident von den Mitgliedern der Bundesversammlung gewählt wird. Auch erhielt das Volk 1919 das Recht, durch Volksbegehren (ein Zehntel aller Stimmberechtigten) Gesetzesentwürfe einzubringen. Es konnte unter bestimmten Voraussetzungen sogar durch einen Volksentscheid über Gesetze, die bereits vom Reichstag beschlossen waren, abstimmen oder über Gesetzesentwürfe entscheiden. Mit dem 20. Lebensjahr erhielten alle Männer und Frauen das aktive Wahlrecht. Die staatsbürgerliche Gleichstellung der Frauen führte aber nicht zu einer Gesetzgebung zugunsten der Frauen. Viele diskriminierende Gesetze blieben bestehen.

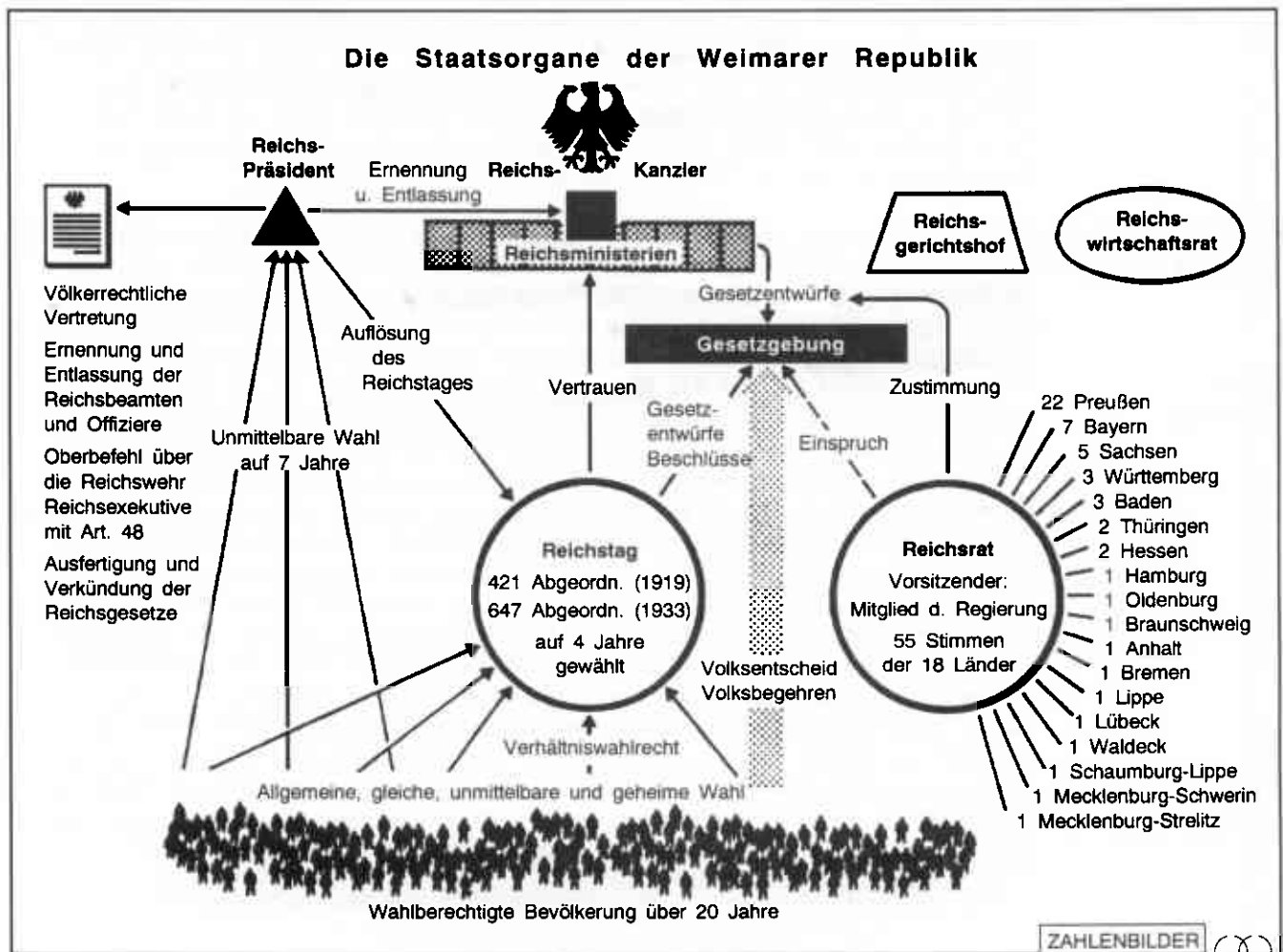
Verhältnis-
wahlrecht

Für die Wahlen zum Reichstag galt das reine *Verhältniswahlrecht*, bei dem die Zahl der Abgeordneten genau der Zahl der abgegebenen Stimmen entspricht. Da 60 000 Stimmen für ein Mandat (Sitz im Parlament, Amt eines Abgeordneten) genügten, gelangte eine *große Zahl von Splitterparteien in den Reichstag*. Mehrheitsbildungen und Regierungsbildungen wurden dadurch erheblich erschwert. Zwischen 1919 und 1933 hat es *zwanzig verschiedene Regierungen* [redacted] (Bild 3). Die Stetigkeit der Politik wurde dadurch erheblich behindert.

Grundrechte

Aus der Verfassung der Paulskirche von 1849 wurden die *Grundrechte* übernommen. Zu ihnen gehören die Unantastbarkeit der Freiheit des einzelnen, das Recht der freien Meinungsäußerung, Freizügigkeit, Unverletzlichkeit der Wohnung und des Eigentums und das Koalitionsrecht (Bildung von Vereinen). Auch in unserem Grundgesetz finden Sie diese Grundrechte wieder.

Wir wollen nun die wichtigsten Staatsorgane der Weimarer Republik kennenlernen und dabei Bild 1 heranziehen.



© Erich Schmidt Verlag

50 070

Bild 1: Die Staatsorgane der Weimarer Republik
(aus: Arbeitsmappe Sozial- und Wirtschaftskunde, Erich Schmidt Verlag,
Berlin Zahlenbild 50 070)

“Die Reichsgesetze werden vom Reichstag beschlossen”, hieß es im Artikel 68. In seinen Händen lag also die Legislative (Gesetzgebung). Auch die Verträge mit ausländischen Staaten mussten von ihm genehmigt (ratifiziert) werden. Der Reichstag konnte jederzeit durch eine Mehrheit dem Reichskanzler oder einem Minister das Misstrauen aussprechen und ihn dadurch zum Rücktritt zwingen. Das *konstruktive* Misstrauensvotum unseres Grundgesetzes gab es noch nicht. (Es bedeutet, dass nur durch die Wahl eines neuen Kanzlers der bisherige gestürzt werden kann.)

Reichstag

Die Länder waren durch den *Reichsrat* vertreten. Er hatte das Recht, gegen Beschlüsse des Reichstages Einspruch zu erheben. Ein Einspruch wurde unwirksam, wenn eine Zweidrittelmehrheit des Reichstags auf dem ursprünglichen Beschluss beharrte.

Reichsrat